

**Information über die Verarbeitung von  
personenbezogenen Daten  
Informationspflicht gem. Art. 13, 14 DSGVO**

**Datenschutzinformation Erhebung und Festsetzung der Grund- und  
Gewerbesteuer**

**Stadt Schwalbach am Taunus  
Marktplatz 1-2  
65824 Schwalbach  
Deutschland  
Telefon: 06196 804-0  
E-Mail: [datenschutz@schwalbach.de](mailto:datenschutz@schwalbach.de)**



## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung und Rahmenbedingungen	3
1.1 Einleitung	3
1.2 Verantwortlichkeiten	3
1.3 Zuständigkeiten	4
1.4 Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten	4
2. Informationspflicht gem. Art. 13, 14 DSGVO	5
2.1 Zweck der Datenverarbeitung	5
2.2 Rechtsgrundlage	5
2.3 Berechtigte Interessen	6
2.4 Datenempfänger	6
2.4.1 Empfänger der personenbezogenen Daten außerhalb des Unternehmens / der Behörde	6
2.4.2 Absicht der Übermittlung an ein Drittland oder internationale Organisation	6
2.4.3 Angemessenheitsbeschluss der EU Kommission	6
2.4.4 Garantien und Erhalt der Garantien	7
2.5 Speicherdauer	7
2.6 Rechte der Betroffenen	7
2.6.1 Recht auf Auskunft	7
2.6.2 Recht auf Berichtigung	8
2.6.3 Recht auf Löschung	8
2.6.4 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung	9
2.6.5 Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung	9
2.6.6 Recht auf Datenübertragbarkeit	9
2.6.7 Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde	10
2.7 Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling	10
2.8 Kategorien der personenbezogenen Daten (Art. 14 DSGVO)	11
2.9 Quellen der personenbezogenen Daten (Art. 14 DSGVO)	11



## **1. Einleitung und Rahmenbedingungen**

### **1.1 Einleitung**

Die Informationspflichten nach den Art. 13 und 14 DSGVO knüpfen an die Erhebung von personenbezogenen Daten durch einen Verantwortlichen an. Die DSGVO unterscheidet in diesem Kontext zwischen zwei Konstellationen. Der Art. 13 DSGVO legt die Informationspflicht für die Erhebung von personenbezogenen Daten fest, welche direkt bei der betroffenen Person stattfindet. Der Art. 14 DSGVO hingegen, legt die Informationspflichten für die Erhebung von personenbezogenen Daten fest, welche nicht bei der betroffenen Person selbst, sondern über Dritte stattfindet. Der Umfang der Informationspflichten ist für beide Erhebungsmodalitäten weitgehend identisch. Der wesentliche Unterschied liegt im Zeitpunkt bzw. dem Zeitraum, an welchem die Erhebung der Daten stattfinden soll. Während in Art. 13 DSGVO eine Information des Betroffenen „zum Zeitpunkt der Erhebung“ gefordert wird, sieht der Art. 14 DSGVO gestaffelte Fristen vor, innerhalb welcher ein jeder Verantwortliche seiner Informationspflicht nachkommen muss. Weitere Unterschiede ergeben sich aus den Ausschlussstatbeständen, bei deren Vorliegen eine Informationspflicht ausnahmsweise nicht besteht (vgl. Art. 13 Abs. 4 und Art. 14 Abs. 5 DSGVO). Wir nehmen den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten sehr ernst. Um unsere Informationspflichten nach den Art. 12 ff. der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zu erfüllen, stellen wir Ihnen nachfolgend gerne unsere Informationen zum Datenschutz dar.

### **1.2 Verantwortlichkeiten**

Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist:

Stadt Schwalbach am Taunus

Marktplatz 1-2

65824 Schwalbach

Deutschland

Telefon: 06196 804-0

E-Mail: [datenschutz@schwalbach.de](mailto:datenschutz@schwalbach.de)



### **1.3 Zuständigkeiten**

- Keine expliziten Zuständigkeiten

### **1.4 Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten**

dampf.consulting GmbH

Thorsten Dampf

Eiserne Hand 11

35305 Grünberg

Deutschland

Telefon: 06401 4044900

E-Mail: [datenschutz@schwalbach.de](mailto:datenschutz@schwalbach.de)



## **2. Informationspflicht gem. Art. 13, 14 DSGVO**

### **2.1 Zweck der Datenverarbeitung**

Wir verarbeiten Ihre persönlichen Daten, soweit dies erforderlich ist, zu folgendem Zweck / zu folgenden Zwecken:

- Erledigung sämtlicher Aufgaben nach dem Gewerbesteuergesetz, insbesondere Festsetzung der Gewerbesteuer auf Basis eingehender Grundlagenbescheide des zuständigen Finanzamtes einschließlich der Bearbeitung von beantragten Änderungen der Gewerbesteuervorauszahlungsraten, sofern kein spezieller Messbescheid für diese vorliegt sowie Bearbeitung von Gewerbesteuerstundungs- und Erlassanträgen, Zahlungsanweisung der Gewerbesteuerbeträge bis hin zur Zahlungsabwicklung, die in der Finanzbuchhaltung ausgeführt wird.
- Erledigung sämtlicher Aufgaben nach dem Grundsteuergesetz, insbesondere Festsetzung der Grundsteuer A und B auf Basis eingehender Grundlagenbescheide des Finanzamtes einschließlich der Bearbeitung von Grundsteuerstundungs- und Erlassanträgen sowie der unterjährigen Bearbeitung von Eigentümerwechseln an einem Grundstück bzw. an einer Eigentumswohnung, Zahlungsanweisung der Grundsteuerbeträge bis hin zur Zahlungsabwicklung, die in der Finanzbuchhaltung ausgeführt wird

### **2.2 Rechtsgrundlage**

Die im Zusammenhang mit dem Zweck/den Zwecken der Verarbeitung stehende/n Rechtsgrundlage/n für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist / sind:

- Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO - Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung
- Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO - Die Verarbeitung ist für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde
- Gewerbesteuergesetz (GewStG)
- hessisches Kommunalabgabengesetz (KAG)



## **2.3 Berechtigte Interessen**

Die Angabe der „berechtigten Interessen“ des Verantwortlichen oder des Dritten, die mit der Verarbeitung personenbezogener Daten verfolgt werden sollen, bezieht sich auf Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO.

- Ein Verarbeitung aufgrund berechtigter Interessen des Verantwortlichen findet nicht statt.

## **2.4 Datenempfänger**

### **2.4.1 Empfänger der personenbezogenen Daten außerhalb des Unternehmens / der Behörde**

Der Begriff des „Empfängers“ wird in Art. 4 Nr. 9 DSGVO definiert als „eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, der personenbezogenen Daten offengelegt werden, unabhängig davon, ob es sich bei ihr um einen Dritten handelt oder nicht.

- Andere Behörden
- Finanzamt
- Gerichte

### **2.4.2 Absicht der Übermittlung an ein Drittland oder internationale Organisation**

Die Übermittlung personenbezogener Daten an eine „internationale Organisation“ (vgl. Begriffsbestimmung Art. 4 Nr. 26 DSGVO) oder an Verantwortliche, Auftragsverarbeiter oder sonstige Empfänger in einem Land außerhalb der Europäischen Union (EU) und des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) birgt aus Sicht der betroffenen Person besondere Datenschutzrisiken.

- Eine Übermittlung in Drittstaaten (Staaten außerhalb der Europäischen Union) oder internationale Organisation findet nicht statt.

### **2.4.3 Angemessenheitsbeschluss der EU Kommission**

Eine Übermittlung personenbezogener Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation darf vorgenommen werden, wenn die Kommission beschlossen hat, dass das betreffende Drittland, ein Gebiet oder ein oder mehrere spezifische Sektoren in diesem Drittland oder die betreffende internationale Organisation ein angemessenes Schutzniveau bietet.



- Eine Übermittlung in Drittstaaten (Staaten außerhalb der Europäischen Union) oder internationale Organisation findet nicht statt.

#### **2.4.4 Garantien und Erhalt der Garantien**

Eine Übermittlung personenbezogener Daten an eine internationale Organisation darf vorgenommen werden, wenn hinreichend Garantien vorliegen, dass die betreffende internationale Organisation ein angemessenes Schutzniveau bietet.

- Nicht zutreffend, da keine Drittlandübermittlung stattfindet.

### **2.5 Speicherdauer**

Die Speicherdauer enthält die Information darüber, wie lange wir die Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten vornehmen bzw. wann diese gelöscht werden.

- Die betreffenden personenbezogenen Daten dürfen auch gespeichert werden, um sie für künftige abgabenrechtliche Verfahren zu verarbeiten (§ 88a AO, § 4 HKAG) sowie im Vollstreckungsverfahren (§ 17a HVwVG) zu verarbeiten.
- Die erhobenen Daten werden bei der Stadt mindestens so lange gespeichert, wie eine Steuerpflicht besteht, die Festsetzungs- bzw. Zahlungsverjährung noch nicht eingetreten ist, offene Forderungen bestehen oder gesetzliche Aufbewahrungsfristen noch nicht abgelaufen sind. Die Aufbewahrungsdauer nach KGST beträgt mindestens 10 Jahre nach Abschluss des Steuerfalles und kann sich im Einzelfall auf Basis der zuvor genannten Gründe verlängern.
- Die personenbezogenen Daten werden so lange gespeichert, wie dies für das jeweilige Verfahren erforderlich ist. Maßstab hierfür sind insbesondere die abgabenrechtlichen Verjährungsfristen gemäß §§ 169 – 171 Abgabenordnung (AO).

### **2.6 Rechte der Betroffenen**

#### **2.6.1 Recht auf Auskunft**

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob



betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten.

- Bei einer Auskunftsanfrage, die nicht schriftlich erfolgt, bitten wir um Verständnis dafür, dass wir dann ggf. Nachweise von Ihnen verlangen, die belegen, dass Sie die Person sind, für die Sie sich ausgeben.

### **2.6.2 Recht auf Berichtigung**

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen.

- Sie haben ein Recht auf Berichtigung, das heißt Sie können von uns unverzüglich die Berichtigung Ihrer unrichtigen personenbezogenen Daten verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten - auch mittels einer ergänzenden Erklärung - zu verlangen.

### **2.6.3 Recht auf Löschung**

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen.

- Dazu muss einer der folgenden Gründe zutreffen:
  - Zwecke, für die die personenbezogenen Daten erhoben wurden, entfallen.
  - Sie widerrufen Ihre Einwilligung der Verarbeitung. Eine anderweitige Rechtsgrundlage für die Verarbeitung liegt nicht vor.
  - Sie widersprechen der Verarbeitung. Eine anderweitige Rechtsgrundlage für die Verarbeitung liegt nicht vor.
  - Die personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
  - Die Löschung der personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.
  - Die personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Artikel 8 Absatz 1 erhoben.





#### **2.6.4 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung**

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen.

- Dazu muss eine der folgenden Voraussetzungen gegeben sein:
  - Die Richtigkeit der personenbezogenen Daten wird von Ihnen angezweifelt.
  - Die Verarbeitung ist unrechtmäßig; Sie lehnen eine Löschung jedoch ab.
  - Personenbezogene Daten werden für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt; Sie benötigen die Daten jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.
  - Sie haben Widerspruch gegen die Verarbeitung gem. Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt. Solange noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen Ihnen gegenüber überwiegen, wird die Verarbeitung eingeschränkt.

#### **2.6.5 Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung**

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f erfolgt, Widerspruch einzulegen.

- Insbesondere haben Sie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung Ihrer Daten im Zusammenhang mit einer Direktwerbung, wenn diese auf Basis einer Interessenabwägung erfolgt. Hierzu wenden Sie sich bitte an den Verantwortlichen der Verarbeitung.

#### **2.6.6 Recht auf Datenübertragbarkeit**

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie einem Verantwortlichen bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und sie hat das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln.

- Sie haben das Recht die von Ihnen bereitgestellten Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format von dem Verantwortlichen zu erhalten. Eine Weiterleitung an einen anderen Verantwortlichen darf von uns nicht behindert werden.



### **2.6.7 Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde**

Die betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat Ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, wenn die Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt. An folgende Aufsichtsbehörde/n kann eine solche Beschwerde gerichtet werden:

- Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit  
Prof. Dr. Alexander Roßnagel

Postadresse:

Postfach 31 63  
65021 Wiesbaden

Anschrift:

Gustav-Stresemann-Ring 1  
65189 Wiesbaden

Telefon: 06 11/140 80

Telefax: 06 11/14 08-900

E-Mail: [poststelle@datenschutz.hessen.de](mailto:poststelle@datenschutz.hessen.de)

Homepage: <http://www.datenschutz.hessen.de>

### **2.7 Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling**

Die betroffene Person hat das Recht, nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung – einschließlich Profiling – beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, die ihr gegenüber rechtliche Wirkung entfaltet oder sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt.

- Als verantwortungsbewusstes Unternehmen verzichten wir bei der Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten auf eine automatische Entscheidungsfindung oder ein Profiling.



## **2.8 Kategorien der personenbezogenen Daten (Art. 14 DSGVO)**

Werden personenbezogene Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben, so teilt der Verantwortliche der betroffenen Person die Kategorien der personenbezogenen Daten mit.

- Angaben über geleistete oder erstattete Steuern und Vorauszahlungen
- Angaben über gestellte Anträge sowie Rechtsbehelfe
- Anschrift
- Bankverbindungsdaten
- Einheitswert und Grundsteuermessbetrag
- Geburtsdatum
- Geburtsort
- geschäftliche Kontaktdaten
- Gewerbesteuermessbetrag
- Kontaktdaten
- Name, Vorname
- Steueridentifikationsnummer
- Zerlegungsanteil am Gewerbesteuer- bzw. Grundsteuermessbetrag

## **2.9 Quellen der personenbezogenen Daten (Art. 14 DSGVO)**

Werden personenbezogene Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben, so teilt der Verantwortliche der betroffenen Person die Quellen der personenbezogenen Daten mit.

- Daten aus dem Melderegister. Dieses enthält Daten, die bei der betroffenen Person erhoben, von öffentlichen Stellen übermittelt oder sonst amtlich bekannt werden
- Die Daten werden direkt bei Ihnen erhoben, in dem Sie mit uns in Kontakt treten und Ihre Daten angeben.



- Finanzamt